



Migration

Warum die Altersfeststellung bei jungen Flüchtlingen wichtig ist



Seite 2

Drogen

Warum die Landesregierung zu wenig gegen Crystal Meth tut



Seite 3

Bildung

Was die Eltern vom „Schreiben lernen nach Gehör“ halten



Seite 4



Antifa

→ Immer wieder einmal werden Abgeordnete unserer CDU-Fraktion gefragt, ob sie sich an sogenannten Bündnissen „gegen rechts“ beteiligen wollen. Meist tragen sie freundliche Namen und beanspruchen, für Weltoffenheit, Toleranz, Zivilcourage und Menschenrechte einzutreten. Wer kann dagegen schon etwas sagen? Die CDU gewiss nicht. Dennoch sind wir zurückhaltend. Aus zwei Gründen: Zum einen haben linke und rechte politische Standpunkte genauso ihren Platz in der Demokratie wie die Mitte, solange sie nicht extremistisch, also verfassungsfeindlich sind. Zum anderen halten wir Distanz zu den oft beteiligten „Antifa“-Gruppen. Sie sind nach Ansicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz ein Tummelplatz für Linksradikale und Linksextremisten, die mit der Demokratie des Grundgesetzes nichts anfangen können, ihr gar „faschistische“ Züge attestieren. Das lässt den „Antifaschismus“ dieser Gruppen in einem trüben Licht erscheinen. Die Übergänge zu gewaltbereiten Formen sind fließend. Autonome liefern der Polizei regelrechte Schlachten und verwüsten ganze Stadtteile. Wie zuletzt bei den G20-Protesten in Hamburg. Man kann Rechtsextremisten nicht Arm in Arm mit Linksextremisten bekämpfen. Dieser Hintergrund macht das in Rudolstadt aufgespürte mobile Bombenlabor so brisant. Einer der Tatverdächtigen gehört zur Antifa-Szene und war bis Mitte März Pressesprecher des lokalen Anti-Rechts-Bündnisses. Für das nahm er 2016 gar einen Demokratiepreis der rot-rot-grünen Ramelow-Regierung entgegen. Die brauchte vier Tage, bis sie sich öffentlich mit der Überlegung anfreundete, dass möglicherweise linke Bombenbastler am Werk waren. Mich bestärkt das in der Überzeugung, auch in Zukunft zurückhaltend bei Bündnissen zu sein, bei denen die Antifa mit im Spiel ist.



Bombenbauer im linken Milieu



Ein Video von der Plenardebatte zu den Sprengstoff-Funden finden Sie im Internet unter www.drucksache.info

© picture alliance - Christian Minelli

CDU-Fraktion fordert umfassende Aufklärung



Antifa-Milieus schrecken vor Gewalt nicht zurück.

Dafür liefern sie immer neue Belege.

Wolfgang Fiedler, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Scharfe Kritik am Umgang der Landesregierung mit einem in Rudolstadt und Uhlstädt-Kirchhasel aufgespürten Bombenlabor hat die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag geübt. Erst auf massiven öffentlichen Druck der CDU hatte sich die Landesregierung dazu durchgerungen, einen politischen Hintergrund zu prüfen und die Ermittlungen an das Landeskriminalamt zu geben. Vier Tage nachdem Labor, Sprengstoff und mehr als 100 Kilogramm einschlägiger Chemikalien sichergestellt worden waren. Die Zögerlichkeit bezeichnete der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler, als „absolut unverständlich“. Er bezieht sich dabei auf den Umstand, dass einer der Tatverdächtigen zur Thüringer Antifa-Szene gehört und bis zur Entdeckung der Aktivitäten Pressesprecher eines Bündnisses für Zivilcourage und Menschenrechte in Saalfeld und Rudolstadt war. In die-

ser Funktion nahm er 2016 gar einen Demokratiepreis der rot-rot-grünen Ramelow-Regierung entgegen. „Dass bei einem politisch äußerst umtriebigen lokalen Akteur kein politischer Hintergrund erkennbar sein soll, ist abenteuerlich. Wiederholt wird der Tatverdächtige auch auf den Internetseiten der linken Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss zitiert“, hatte auch CDU-Fraktionschef Mike Mohring im Vorfeld der Landtags Sitzung angemerkt. Einer der beiden Tatverdächtigen hat gegenüber den Medien eingeräumt, dass das Duo bereits Sprengstoff hergestellt und gezündet hat, politische Absichten und Anschlagpläne allerdings zurückgewiesen. Wie glaubwürdig das ist, wird nun zu prüfen sein. Zweifel sind erlaubt. Auch Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) räumte nach einigen Tagen ein, dass „die Dimension der sichergestellten Chemikalien gewaltig ist“. Laut Fiedler ist es nun Sache der Polizei und Staatsanwaltschaft, die Hintergründe aufzuklären. „Dafür, dass die Antifa-Milieus vor Gewalt nicht zurückschrecken, liefern sie immer neue Belege. Ob und wie sich der Fall dort einordnet, wird sich hoffentlich klären lassen“, so der Innenpolitiker.

Aus der Fraktion



Keine Gebühren für Sportstätten

Grundsätzlich sollen ortsansässige Sportvereine kommunale Sportstätten zukünftig nutzen können, ohne dafür Gebühren zu entrichten. Das ist eine zentrale Forderung der CDU-Landtagsfraktion in der Debatte über das Sportfördergesetz. Ausnahmen von diesem Grundsatz sollen nur für den Profisport und Sportveranstaltungen möglich sein, für die Eintritt gezahlt wird. Zurzeit zahlen rund 40 Prozent der Sportvereine Gebühren für die Nutzung kommunaler Sportanlagen. Das soll sich ändern. „In Thüringen sind 370 000 Bürger in Sportvereinen organisiert. Das zeigt ihre herausragende Bedeutung für den Zusammenhalt, die Gesundheit und die Freizeitgestaltung. Dieses Engagement wollen wir fördern“, so der sportpolitische Sprecher der Fraktion, Manfred Grob.



Altersfeststellung bei jungen Flüchtlingen

Das Entsetzen nach der tödlichen Messerattacke auf eine 15-Jährige im rheinland-pfälzischen Kandel hatte sich noch nicht gelegt, da kamen erste Zweifel auf: War der dringend Tatverdächtige Ex-Freund des Opfers, ein Flüchtling aus Afghanistan, tatsächlich erst 15 Jahre alt? Der Fall wirft ein Schlaglicht auf ein Problem, das auch jenseits von strafrechtlichen Fragen für politische Debatten sorgt: Die Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Vom Alter hängt nämlich einiges ab: Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird ein Vormund bestellt, sie

dürfen nicht in Sammelunterkünften untergebracht werden und erhalten neben pädagogischer Betreuung in der Regel sofort eine Duldung. Auch deshalb haben CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, die Altersfeststellung künftig in zentralen Einrichtungen (AnKER-Zentren) durchzuführen. Wenn, wie schon jetzt im Saarland, die Altersfeststellung durch speziell ausgebildete Fachkräfte systematisch und zentralisiert vorgenommen wird, stellt sich heraus: Bis zu 50 Prozent der Neuankömmlinge machen sich jünger, als sie sind. Widerspruch kommt vom Thüringer

Flüchtlingsrat, der, unterstützt von Teilen der Linken und Grünen, den verstärkten Einsatz medizinischer Methoden ablehnt. Zwar gilt eine exakte medizinische Altersfeststellung tatsächlich als schwierig, sehr wohl lässt sich jedoch ein Mindestalter ermitteln, wodurch sich eine Minderjährigkeit in vielen Fällen ausschließen lässt. Die CDU-Fraktion hat sich hier klar positioniert und stellt sich gegen die Auffassung der Ramelow-Regierung, insbesondere was die AnKER-Zentren betrifft. Der migrationspolitische Sprecher der Landtags-CDU, Christian Herrgott, ist überzeugt: „Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sollen den Flüchtlingen zugutekommen, für die sie gedacht sind, und nicht jungen Erwachsenen, die sie sich durch Lügen erschleichen.“

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

Internet
www.cdu-landtag.de

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
1,1 Millionen

Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur
Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung
Leography.com

Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

IMPRESSUM



Aus der Fraktion



Angemessene Erinnerung an Mauerfall und Einheit

2019 und 2020 sollten zur Erinnerung an die Friedliche Revolution in der DDR genutzt werden. Das fordert der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für die SED-Opfer, Herbert Wirkner. Dann ist es 30 Jahre her, dass die DDR-Bürger die SED-Diktatur

in die Knie zwangen. Damit schufen sie die Voraussetzung für eine freiheitlich-demokratische Ordnung, die Wiedergründung Thüringens und die Wiedervereinigung Deutschlands. „Wir sehen den Freistaat in der Pflicht, dieses Ereignis angemessen zu wür-

digen“, so Wirkner. Die CDU-Fraktion fordert deshalb von der Landesregierung, dem Landtag bis zum 30. Juni 2018 ein Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Friedliche Revolution und den Fall der Berliner Mauer vorzulegen und es zur Diskussion zu stellen. „Teil dieses Konzepts muss sein, zügig und konkret die Gedenkstätten einzubinden. Das trifft die Erinnerungsorte für die Opfer der sowjetischen Besatzungsherrschaft und der SED-Diktatur genauso wie die Grenzgedenkstätten,

wo gemeinsame Veranstaltungen und mögliche Investitionen mit Bayern, Hessen und Niedersachsen abgestimmt werden müssen“, forderte Wirkner. Ihm ist wichtig, „die Landesregierung beizeiten zum Handeln aufzufordern. Sie hat den jährlichen Thüringer Festakt zum Tag der Deutschen Einheit abgeschafft, und bisher sind keine Planungen bekannt, dem runden Jubiläum der Friedlichen Revolution und Wiedervereinigung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

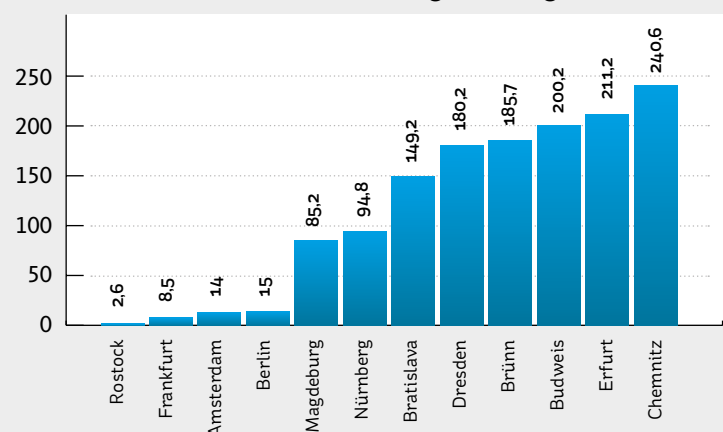
Thüringen belegt Spitzenplatz bei Crystal-Meth-Konsum

Wo sich sonst nur die Mitarbeiter von Entwässerungsbetrieben und Abwasserzweckverbänden hinwägen, hat jetzt eine europäische Forschergruppe eine bestürzende Entdeckung gemacht. Sie untersuchte die Methamphetamin-Konzentration in den Abwasserkanälen von 60 Städten und fand heraus: Erfurt ist nach Chemnitz die Stadt mit dem europaweit höchsten Crystal-Meth-Konsum – deutlich vor Budweis, Brünn oder Dresden. Die Auffassung, das Crystal-Meth-Problem konzentriere sich auf Tschechien und die deutschen Grenzgebiete, darf somit endgültig als widerlegt gelten. Der gesundheitspolitische Sprecher der Landtags-CDU, Christoph Zippel, warnt schon lange vor den Gefahren der synthetischen Droge: „Die Thüringer Landesregierung hat dieses Thema bislang totgeschwiegen und seine Brisanz ignoriert. Verschärft wird die Situation durch völlig falsche Schwerpunkte gerade der LINKEN bei der Drogenprävention.“ Statt Drogenkonsum zu verhindern, werde das Thema verharmlost. Nicht

zuletzt hatte 2017 ein bei einem Fest der Altenburger LINKEN im Beisein von Ministerpräsident Bodo Ramelow verteilter Flyer der Linksjugend „solid“ überregional für Bestürzung gesorgt, weil Jugendliche darauf zum Konsum von Drogen verleitet wurden. „Eltern erwarten, dass die Politik ihre Kinder vor Drogen schützt und nicht auch noch beim vermeintlich ungefährlichen Konsum unterstützt. Das beginnt mit der offenen Kommunikation über die Gefahren und das tatsächliche Ausmaß des Drogenkonsums in Thüringen“, ist Zippel überzeugt. Er hat deshalb ein ganzes Bündel von Anfragen zum Drogen- und Crystal-Meth-Konsum sowie zur Suchtberatung und -behandlung vorbereitet und fordert von der Landesregierung klare Aussagen ein. „Verharmlosung und Relativierung dürfen nicht länger Teil der Thüringer Drogenpolitik sein. Wir brauchen professionellen Beistand sowie Hilfsangebote für Betroffene – und endlich einen entschlossenen Kampf gegen die zunehmende Verbreitung von Crystal.“



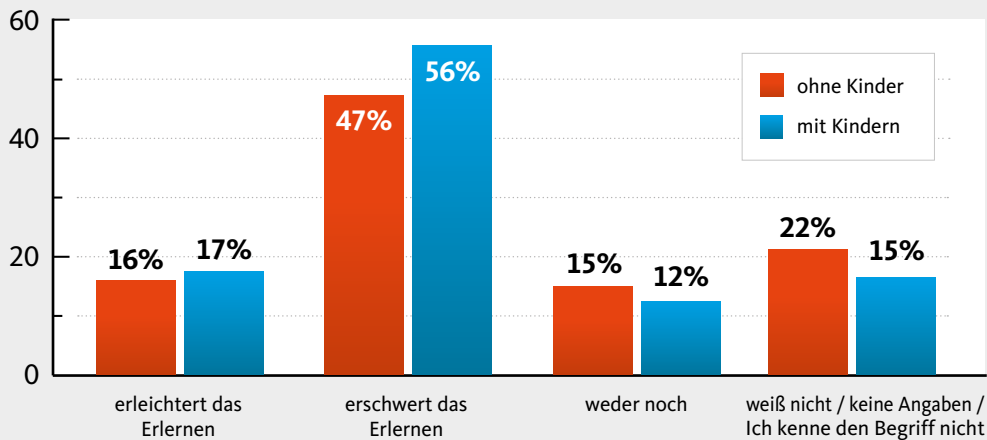
Durchschnittlicher Crystal-Meth-Konsum pro 1000 Einwohner und Tag in Milligramm



Quelle: European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction

Aus der Fraktion

Glauben Sie, dass das sogenannte „Schreiben lernen nach Gehör“ das Erlernen der Sprache erschwert oder erleichtert?



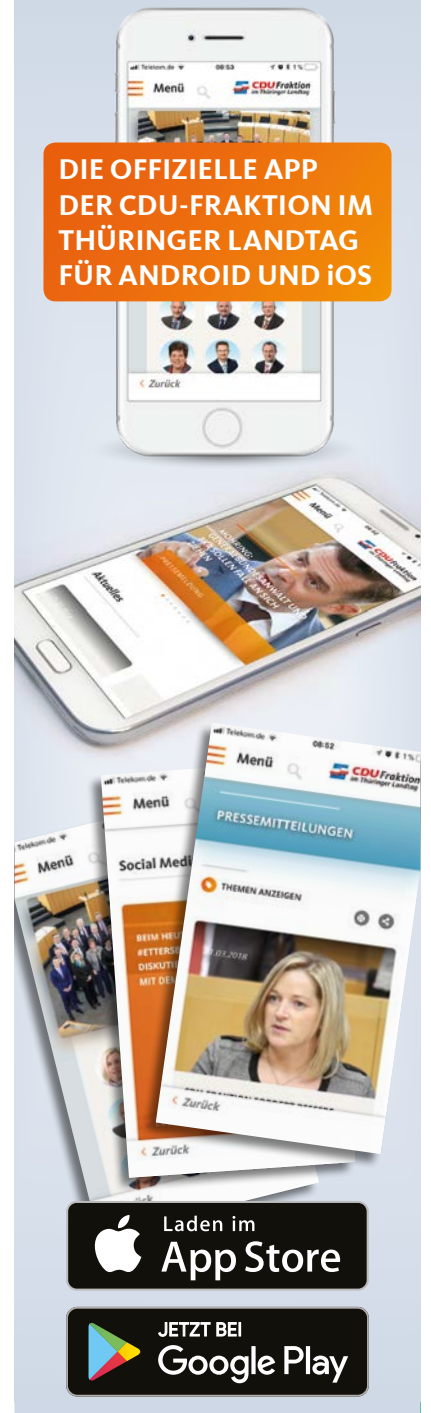
Quelle: Schulstudie 2018 der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz / INSA



Ein Audio-Statement von Christian Tischner finden Sie auf www.drucksache.info



DIE OFFIZIELLE APP DER CDU-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG FÜR ANDROID UND iOS



Laden im **App Store**
JETZT BEI **Google Play**

Eltern zweifeln: Schreiben lernen nach Gehör?

Wer kann am Ende der Grundschule fehlerfrei schreiben? Kinder, die Lesen und Schreiben nach der klassischen Fibel-Methode gelernt haben, bei der von Anfang an auf korrekte Schreibweise geachtet wird? Oder sind es die Kinder, die nach Gehör Schreiben gelernt haben? Diese Frage bewegt deutschlandweit viele Eltern, und sie haben dazu eine ziemlich klare Meinung. Das hat jetzt eine aktuelle, von der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Auftrag gegebene Schulstudie mit mehr als 4000 Befragten ergeben. 56 Prozent sagen, „Schreiben lernen nach Gehör“ erschwert das Erlernen und nur 17 Prozent glauben, dass es dadurch besser geht. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag will es genau wissen und fordert

die Landesregierung auf, die Ergebnisse der beiden Unterrichtsmethoden am Ende der Grundschulzeit zu erfassen. „Eltern und weiterführende Schulen erwarten, dass die Kinder am Ende der Grundschulzeit die grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen möglichst zuverlässig beherrschen. Auf dieses Kerngeschäft müssen sich die Schulen konzentrieren“, begründete der bildungspolitische Sprecher der Thüringer CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner, die Forderung. Für die Grundschulexpertin der Unionsfraktion, Marion Rosin, gibt es gute Gründe für die Skepsis der Eltern. Sie passt zu einem beunruhigenden Trend. Eine Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung

im Bildungswesen hatte Ende letzten Jahres ergeben, dass Grundschüler heute schlechter lesen, schreiben und rechnen als noch wenige Jahre zuvor. „Wir wollen wissen, welchen Anteil daran die umstrittene Methode beim Einstieg in die Schriftsprache hat. Es gibt Hinweise, dass viele Grundschüler die erforderliche Reife noch gar nicht haben und gerade Kinder mit schwierigem familiären Hintergrund das Nachsehen haben“, so Rosin. Die CDU-Fraktion warnt laut Tischner insgesamt vor der Überforderung der Grundschulen. So sollen Eltern selbst entscheiden können, ob ihre Kinder eine Förderschule besuchen sollen, wenn es Förderbedarf gibt. Schulpflichtige, die noch kein Deutsch verstehen, sollen es zunächst in Vorschulklassen lernen. „Fehler in der Grundschule lassen sich später nur schwer korrigieren. Das sollte der Experimentierlust Grenzen setzen, vor allem im Interesse der Kinder“, so Tischner.

Rücklage, Reserve	spanisch: Hurra!, Lost, Auf!	Gartenzierpflanze	1	Rasenpflanze	Fliege: drehend nieder-gehen	Gebets-schluss-wort	ital. Autor (Um-ber-to)	Hochruf	Fleck; Zeichen	Fischer-fahr-zeug im Mit-telmeer	Flach-land	gesetzl. Nach-lasse-regelung
						Schmuck-stein, Chalze-don		7		ein Süd-afrikaner		2
Frau Jakobs im A. T.				pikant gewürzte Mayon-naise				9			Ansage auf Kontra (Skat)	männ-licher Nach-komme
						eine Euro-päerin	Samml-ung von Schrift-stücken		mit den Fü-ßen sto-ßen	langer Hohl-zylin-der		
5					3				Abgas-reiniger (Kurz-wort)		11	
Stadt an Elbe und Mulde: ...-Roßlau	Fußball-mann-schaft		höchste Spiel-karte	Währung verschie-dener Länder			Trink-schoko-lade				Kante, Winkel (süd-deutsch)	
					6	Aufzug, Fahr-stuhl			Berg, Hügel		8	
Atem-luft-fontäne der Wale	Fähig-keit zur Wahr-nehmung						4	tier-isches Milch-organ			TV-, Radio-sender (Abk.)	10

Lösungswort 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsent-Set bestehend aus einem hochwertigen Füllfederhalter aus dem Hause Diplomat mit Tintenfass, verpackt in einer Holzschatulle, und einem externen Akku fürs Smartphone (Powerbank). Einsendeschluss ist der 30. April 2018. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihren vollen Namen, Ihre E-Mailadresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail:
quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1 / 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Febru- ar-Ausgabe der DruckSache lautete das Lö- sungswort „Hochschulen“. Zu gewinnen gab es auch damals einen Diplomat-Füllfederhal- ter und eine „Powerbank“ fürs Smartphone. Unter den richtigen Antworten als Gewinne- rin gezogen wurde **Ingrid Hunger** aus Erfurt. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Quiz-Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, dass ihnen die CDU-Fraktion künftig Informationen zum aktuellen politischen Geschehen in Thüringen zusendet. Die CDU-Fraktion verwendet die Daten ausschließlich für interne Zwecke.